

Die Erfolgsgeschichte des „Modells Deutschland“ war nur eine Illusion. Diesen Eindruck gewinnt man jedenfalls, wenn man die Verfallsdiagnosen liest, die sich in letzter Zeit in der öffentlichen Debatte häufen. Andreas Rödder, einer der besten Kenner der Materie, warnt vor Übertreibungen. Mit nüchternem Blick zieht er eine Bilanz der jüngsten deutschen Geschichte – mit ihren Defiziten, Chancen und vor allem ihren Ambivalenzen.

Andreas Rödder

Das „Modell Deutschland“ zwischen Erfolgsgeschichte und Verfallsdiagnose

„Der Fall Deutschland“ wird aufgerufen und der „Abstieg eines Superstars“ verkündet. „Ist Deutschland noch zu retten?“ Solange jedenfalls das „Methusalem-Komplott“ und die „Konsensfälle“ den nötigen „Mut zu Reformen“ ersticken, kann die „deformierte Gesellschaft“ den „Befreiungsschlag“ nicht schaffen, da „die Deutschen ihre Wirklichkeit verdrängen“, wo doch „der Ruck“ so Not täte. Da ist „Schluß mit lustig!“¹

Die publizistischen Krisendiagnosen und Schreckensprognosen der deutschen Krankheit nach fünf Jahren des 21. Jahrhunderts stehen in eklatantem Widerspruch zur traditionsreichen Selbstwahrnehmung der Bundesrepublik, die sich auch in der Geschichtswissenschaft als ein leitendes Narrativ niedergeschlagen hat: der „Erfolgsgeschichte“² vom „Modell Deutschland“.

„Modell Deutschland“: Zunächst von der regierenden SPD im Bundestagswahlkampf 1976 plakatiert, verselbständigte sich der Slogan und fand breite Zustimmung im In- und Ausland. Dies galt nicht zuletzt für anglo-amerikanische Beob-

¹ Vgl. Stefan Aust/Claus Richter/Gabor Steingart, *Der Fall Deutschland. Abstieg eines Superstars*, München 2005; Gabor Steingart, *Deutschland – Der Abstieg eines Superstars*, München 2004; Hans-Werner Sinn, *Ist Deutschland noch zu retten?* Berlin 2005; Frank Schirrmacher, *Das Methusalem-Komplott*, München 2004; Thomas Darnstädt, *Die Konsensfälle. Wie das Grundgesetz Reformen blockiert*, München 2004; Hans-Werner Sinn, *Mut zu Reformen. 50 Denkanstöße für die Wirtschaftspolitik*, München 2004; Meinhard Miegel, *Die deformierte Gesellschaft. Wie die Deutschen ihre Wirklichkeit verdrängen*, Berlin 2004; Peter Strüven, *Der Befreiungsschlag. Gesamtkonzept für Deutschlands Zukunft*, Weinheim 2003; Roman Herzog, *Wie der Ruck gelingt*, München 2005; Peter Hahne, *Schluß mit lustig! Das Ende der Spaßgesellschaft*, Lahr 2004.

² Vgl. Axel Schildt, *Ankunft im Westen. Ein Essay zur Erfolgsgeschichte der Bundesrepublik*, Frankfurt a. M. 1999; Jörg Calließ (Hrsg.), *Die Reformzeit des Erfolgsmodells BRD. Loccumer Protokoll Nr. 19/03, Rehburg-Loccum 2004*; vgl. auch den differenzierten Überblick über die Gesamtinterpretationen zur bundesdeutschen Geschichte bei Edgar Wolfrum, *Die Bundesrepublik Deutschland 1949–1990* (= Gebhardt Handbuch der deutschen Geschichte, 10. Auflage), Stuttgart 2005, S. 65–74, sowie Andreas Rödder, *Wertewandel und Postmoderne. Gesellschaft und Kultur in der Bundesrepublik Deutschland 1965–1990*, Stiftung-Bundespräsident-Theodor-Heuss-Haus, Kleine Reihe, Heft 12, Stuttgart 2004, S. 10–13.

achter in den achtziger Jahren, als die marktradikale Wirtschaftspolitik der „Reagonomics“ und des „Thatcherismus“ die soziale Architektur der amerikanischen und der britischen Gesellschaft erschütterte. Daß das „Modell Deutschland“ demgegenüber ökonomische Leistungskraft und soziale Integration, Massenwohlstand und inneren Frieden gewährleistete, prägte dann auch die Bilanzen anläßlich der Vierzig- und auch noch der Fünfzig-Jahrfeiern der Bundesrepublik 1989 und 1999. In zwei verschiedenen Varianten erzählt, stellte die „Erfolgsgeschichte“ der Bundesrepublik einen breiten grundsätzlichen Konsens her und wirkte somit in hohem Maße integrativ.

In erster Linie auf staatlich-politischer Ebene handelte die erste Version, die „Stabilitätsgeschichte“³. Sie zielte auf die Integrationskraft der parlamentarischen Demokratie und die Stabilität ihrer Institutionen, den materiellen Wohlstand und außenpolitische Sicherheit, Frieden und Freiheit durch Westbindung und transatlantische Allianz. Dieser politisch eher bürgerlichen Lesart stand die tendenziell linke zweite Version zur Seite, die vor allem auf die soziokulturelle Ebene abhob. Sie erzählte von Individualisierung und Pluralismus, von Liberalisierung, von Emanzipation und Demokratisierung, von erweiterter Partizipation und dem Abbau hierarchischer und autoritärer Strukturen. Das Narrativ der „Fundamentalliberalisierung“⁴ der Gesellschaft fand seine Zuspitzung in der These einer „Umgründung der Republik“ durch die Protestbewegung von 1968 und den politischen Machtwechsel von 1969⁵ – womit die ursprünglich systemkritischen Ansätze der Emanzipationserzählung auf seiten der „posthumen Adenauerischen Linken“⁶ ins Affirmative umschlugen.

Beide Varianten verkörpern Werturteile. Gleichwohl enthalten sie einen sachlichen Kern, der als jeweiliges Spezifikum der Geschichte der Bundesrepublik identifiziert wird. Es gehört zum Gang aller geisteswissenschaftlichen Erkenntnis, daß solche Bedeutungszuschreibungen vor einem zeitgenössischen Erfahrungshintergrund vorgenommen werden, der sich wandelt und somit neue Fragestellungen und andere Sichtweisen hervorbringt. Die Geschichtsschreibung der Bundesrepublik indes hat sich gegenüber solchen Perspektivwechseln der jüngsten

³ Hans-Peter Schwarz, Segmentäre Zäsuren 1949–1989: eine Außenpolitik der gleitenden Übergänge, in: Martin Broszat (Hrsg.), Zäsuren nach 1945. Essays zur Periodisierung der deutschen Nachkriegsgeschichte, München 1990, S. 18.

⁴ Zur Interpretationskategorie der „Liberalisierung“ vgl. Ulrich Herbert, Liberalisierung als Lernprozeß. Die Bundesrepublik in der deutschen Geschichte – eine Skizze, in: Ders. (Hrsg.), Wandlungsprozesse in Westdeutschland. Belastung – Integration – Liberalisierung 1945–1980, Göttingen 2002, S. 7–49, bes. S. 12–15 (hier als in den späten fünfziger Jahren einsetzender Prozeß).

⁵ Manfred Görtemaker, Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Von der Gründung bis zur Gegenwart, München 1999, S. 475 u. S. 653; Heinrich August Winkler, Der lange Weg nach Westen, Bd. 2: Deutsche Geschichte vom „Dritten Reich“ bis zur Wiedervereinigung, München 2000, S. 323 f.; Claus Leggewie, Generationsschichten und Erinnerungskulturen – Zur Historisierung der „alten“ Bundesrepublik, in: Tel Aviver Jahrbuch für deutsche Geschichte 28 (1999), S. 211–235, bes. S. 214–224; Jürgen Habermas, Der Marsch durch die Institutionen hat auch die CDU erreicht, in: Frankfurter Rundschau vom 11. 3. 1988.

⁶ Winkler, Der lange Weg nach Westen, Bd. 2, S. 631.

Vergangenheit merkwürdig teilnahmslos verhalten. Mit Ausnahme einzelner, dann allerdings publizistisch-politisch argumentierender Historiker⁷ hat sich die bundesdeutsche Geschichtswissenschaft zur historischen Einordnung der bundesdeutschen Gegenwart und zur gegenwärtigen Bedeutung der bundesdeutschen Vergangenheit kaum zu Wort gemeldet⁸. Zwar liegt die Aufgabe der (Zeit-)Geschichtsschreibung nicht darin, Rezepte für die Gegenwart auszustellen oder aus der Vergangenheit Prognosen für die Zukunft abzuleiten. Wohl aber muß ihr Anliegen eine problemorientierte und differenzierte Analyse der Vergangenheit sein, die ein weiteres Verständnis der Gegenwart eröffnet. In diesem Sinne geht es im folgenden um eine historische Bestandsaufnahme wesentlicher Entwicklungstendenzen der bundesdeutschen Geschichte im letzten Drittel des 20. Jahrhunderts, die sich zu Beginn des 21. Jahrhunderts als besonders wirkmächtig herausstellen. Daß dabei, hart an der Grenze zur Gegenwart, zugleich nach Aktiva und Passiva bilanziert wird, tendiert zwar zum wertenden Urteil, liegt aber gerade noch auf der sachlichen Seite der Urteilsfindung.

„Modell Deutschland“: Eine zeithistorische Bestandsaufnahme

Rheinischer Kapitalismus und Globalisierung: Wirtschaft und Staat

Das westdeutsche „Wirtschaftswunder“ nach dem Zweiten Weltkrieg hatte zunächst unter der Dominanz der Schwerindustrie und somit in einer klassischen Industriegesellschaft stattgefunden. Dies änderte sich mit der Tertiarisierung, die sich in der Bundesrepublik später durchsetzte als in anderen westlichen Industrienationen. Seit 1973 lag die Zahl der in Handel, Transport-, Verkehrs- und Kommunikationswesen, Banken und Versicherungen sowie dem gesamten Bereich der staatlichen Dienstleistungen Beschäftigten dauerhaft und mit wachsendem Abstand höher als die entsprechenden Zahlen im produzierenden Gewerbe unter Einschluß von Energiewirtschaft, Bergbau und Bauindustrie. Verstärkt wurde diese Entwicklung hin zu einer industriellen Dienstleistungswirtschaft durch einen zweiten Trend: die mikroelektronische Revolution und Digitalisierung mit dem ungebremsten Vordringen von Computertechnik und Kommunikationsmedien in alle Lebensbereiche. Drittens kam der Prozeß der Internationalisierung hinzu, der seit den neunziger Jahren – nach dem neuerlichen Schub durch den Zusammenbruch des Ostblocks – als Globalisierung bezeichnet wird: eine in neuem Maße grenzübergreifende und weltumspannende Dimension von Waren- und Finanzströmen sowie aus nationalen Bindungen gelösten transnationalen Unternehmen, von Produktionsprozessen und Konkurrenz, Mobilität, Verkehr und Kommunikation.

⁷ Vgl. Paul Nolte, *Generation Reform. Jenseits der blockierten Republik*, München 2004; ders., *Riskante Moderne. Die Deutschen und der Kapitalismus*, München 2006.

⁸ Eine Ausnahme, mehr aber auf der Ebene eines postulierenden Plädoyers im Hinblick auf die Geschichtswissenschaft, Klaus Naumann, *Die Historisierung der Bonner Republik. Zeitgeschichtsschreibung in zeitdiagnostischer Absicht*, in: *Mittelweg* 36 (2000), S. 53–66.

Dieser Strukturwandel im letzten Drittel des 20. Jahrhunderts fiel zusammen mit einer veränderten konjunkturellen Entwicklung, die ihren Ausgang vom Strukturbruch des Jahres 1973 nahm. In diesem internationalen Krisenjahr endete der lange Nachkriegsboom und wich einer neuen „Ära der langfristigen Schwierigkeiten“⁹. Sie stand im Zeichen schon überwunden geglaubter Konjunkturzyklen und -krisen, von Wachstumsschwäche, gar in Verbindung mit Inflation, von wachsender Staatsverschuldung und zunehmender Arbeitslosigkeit.

Diese Entwicklung betraf auch die bundesdeutsche Wirtschaftsordnung des „rheinischen Kapitalismus“ und der „sozialen Marktwirtschaft“: mit ihrer staatlichen Ordnungskomponente, die negative Auswirkungen des Marktes korrigierte, mit der Banken- statt Börsenfinanzierung der Unternehmen, die sich daher langfristig orientieren konnten, und mit den stark verrechtlichten Arbeitsbeziehungen in der „Konfliktpartnerschaft“ (Walther Müller-Jentsch) zwischen Kapital und Arbeit, die sozialen Konsens und Frieden gewährleisteten¹⁰. Daß Fragen zum Verhältnis von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft aufgeworfen wurden, war freilich kein spezifisch bundesdeutsches, sondern ein internationales Problem – dem die einzelnen westlichen Industrienationen allerdings mit unterschiedlichen Lösungsstrategien begegneten.

Radikal im Sinne des Marktes reagierten Anfang der achtziger Jahre die Regierungen in Großbritannien und den USA. Die seit Herbst 1982 in der Bundesrepublik regierende christdemokratisch-liberale Koalition folgte diesem Beispiel nicht. Zwar setzte sie, im Sinne der monetaristischen Lehre, auf Haushaltskonsolidierung, Rückführung der Sozialleistungen und, im Verbund mit der Bundesbank, auf eine stabilitätsorientierte Geldpolitik. Insgesamt aber nahm sie keine den britischen oder amerikanischen Maßnahmen vergleichbar tiefen marktwirtschaftlichen Einschnitte vor. Ihre schärfste Auseinandersetzung mit den Gewerkschaften führte sie 1986 über die Frage, ob die Bundesanstalt für Arbeit verpflichtet sei, in Folge von Streiks arbeitslos Gewordene zu unterstützen; sie war in keiner Weise mit der Härte vergleichbar, die in der Konfrontation zwischen der Regierung Thatcher und den britischen Gewerkschaften herrschte. Die Regierung Kohl blieb bei der für die Bundesrepublik typisch gewordenen „Politik des mittleren Weges“¹¹. Ein langanhaltender, am Ende der achtziger Jahre geradezu boomender Wirtschaftsaufschwung, stabile Preise und Massenwohlstand für mindestens fünf Sechstel der Gesellschaft bestätigten diesen Kurs, zumal sich am Ende der achtziger Jahre auch eine Trendwende bei der Arbeitslosigkeit abzeichnete. Gerade angelsächsische Beobachter bewunderten das „Modell Deutschland“ ob seiner Verbindung von ökonomischer Leistungskraft und sozialer Integration.

Hinter der glänzenden Fassade taten sich indessen strukturelle Probleme auf. Während der prosperierenden Entwicklung der achtziger Jahre, so beklagten zeit-

⁹ Eric Hobsbawm, *Das Zeitalter der Extreme. Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts*, München 1995, S. 24.

¹⁰ Vgl. dazu Michel Albert, *Kapitalismus contra Kapitalismus*, Frankfurt a. M. 1992.

¹¹ Vgl. Manfred G. Schmidt, *Die Politik des mittleren Weges. Besonderheiten der Staatstätigkeit in der Bundesrepublik Deutschland*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 9–10 (1990), S. 23–31.

genössisch vor allem Ökonomen, wurden Strukturanpassungen und Flexibilisierungen versäumt. Statt dessen blieben bzw. wurden der Arbeitsmarkt zu starr, die Arbeitszeit zu kurz, die allgemeine Regulierungsdichte und die Lohnnebenkosten zu hoch¹². Zugleich löste sich das Kapital mit der Globalisierung zunehmend aus nationalen Bindungen, während das Unternehmenskonzept des *shareholder value* nach Deutschland vordrang. Mit seiner Dominanz der eher kurzfristigen Gewinninteressen des Anteilseigners gegenüber langfristigen Unternehmenszielen erschütterte es das deutsche Modell des „rheinischen Kapitalismus“.

Nicht nur diesen Strukturwandel hatte Deutschland indes am Ende des zwanzigsten Jahrhunderts zu bewältigen, sondern eine zusätzliche spezifische Belastung: die Kosten für die deutsche Einheit. Im Vollgefühl der ökonomischen und sozialen Potenz auf dem Hochpunkt des Booms der späten achtziger Jahre war die staatliche Wiedervereinigung in dem Bewußtsein gestaltet worden, man solle sich von großen Zahlen nicht schrecken lassen – am „Ende werde Deutschland wohlhabender sein als heute“¹³. Auch Helmut Kohls Vorstellung, auf dem Gebiet der DDR werde „in 3 oder 4 Jahren ein wirtschaftlich blühendes Land entstehen“¹⁴, war ebenso authentisch wie grundfalsch – und letztlich hybride.

In den neuen Bundesländern entstand keine selbsttragende Wirtschaft. Die Arbeitslosigkeit blieb nach dem anfänglichen Deindustrialisierungsschock extrem hoch, die Transferleistungen fielen schon 1990 viel üppiger aus als erwartet und blieben es dauerhaft, zumal der westdeutsche Sozialstaat auf dem Stand der späten achtziger Jahre ungeschmälert auf die ehemalige DDR übertragen und ausgeweitet wurde. Die in den achtziger Jahren mühsam zurückgeführte Staatsverschuldung explodierte förmlich: von 473 Mrd. € 1989 stieg sie auf 1.253 Mrd. im Jahr 2002¹⁵.

Unterdessen waren unter dem Druck der Globalisierung durchaus Tendenzen des Wandels im „deutschen Kapitalismus“ zu beobachten, die sich als „Entkernung“ des deutschen Modells bezeichnen lassen, etwa in Formen der Unternehmensführung (mit dem Übergang zum Unternehmenskonzept des *Shareholder Value*), auf den Arbeitsmärkten und im Tarifvertragssystem (mit innerbetrieblichen Vereinbarungen zu Flexibilisierungen und Gehaltsreduzierungen sowie einem Zuwachs von Zeitarbeitsverträgen bei schrumpfenden gewerkschaftlich geschützten Kernbelegschaften) sowie in den sozialen Sicherungssystemen (durch reduzierte Leistungen insbesondere für Arbeitslose). Allerdings vollzogen

¹² Vgl. etwa Herbert Giersch/Karl-Heinz Paqué/Holger Schmieding, *The Fading Miracle. Four Decades of Market Economy in Germany*, Cambridge ²1994, v. a. S. 207–221 u. S. 243–260; Michael Porter, *The Competitive Advantage of Nations*, New York 1990, v. a. S. 382 u. S. 715–719.

¹³ So Bundesbankpräsident Karl Otto Pöhl in einer Kabinettsitzung am 7. 2. 1990, zit. nach Horst Teltschik, *329 Tage. Innenansichten der Einigung*, Berlin 1991, S. 131.

¹⁴ Kohl in einem Brief an François Mitterrand, 23. 5. 1990, in: *Dokumente zur Deutschlandpolitik. Deutsche Einheit. Sonderedition aus den Akten des Bundeskanzleramtes 1989/90*, bearb. von Hanns Jürgen Küsters und Daniel Hofmann, München 1998, S. 1143, und bei vielen weiteren Gelegenheiten.

¹⁵ Statistisches Bundesamt (Hrsg.), *Datenreport 2004*, Bonn 2004, S. 244 f.

sie sich, mit Ausnahme der in der Tat grundlegenden Änderungen der Arbeitslosenunterstützung, weitgehend außerhalb der persistenten etablierten Institutionen¹⁶.

Für das Verhältnis von Staat und Wirtschaft läßt sich somit bilanzieren, daß das Modell Deutschland lange Zeit ökonomische Leistungskraft und soziale Integration zu kombinieren verstand, daß indes aktive Anpassungen angesichts auftretender Strukturprobleme aus den politischen Institutionen heraus unterblieben – nicht zuletzt zur „Zufriedenheit der großen Mehrheit der Wähler“¹⁷. Dies gilt insbesondere für einen zentralen Faktor im Schnittfeld von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft: den Sozialstaat.

*Integration und Überforderung:
Der Sozialstaat als Generalagent der Lebenszufriedenheit*

Im Staatsverständnis der Deutschen hatte sich im Laufe der bundesdeutschen Geschichte eine wesentliche Wandlung vollzogen: „der Übermut eines Staates, der ‚über‘ der Gesellschaft zu thronen schien“, so bilanzierte der sozialdemokratische Intellektuelle Peter Glotz 1989 voller Genugtuung, „ist gebrochen; wahrlich ein deutsches Wunder. [...] Endlich einmal ist den Deutschen ein ziviler Staat gelungen [...]; wir mußten das große Tier zähmen. Es ist uns gelungen.“¹⁸ Der Staat wurde von einer autonomen Autorität zur Aushandlungsagentur zwischen den gesellschaftlichen Interessen und zum „Generalagenten der Lebenszufriedenheit“ der Bürger „mit nahezu allumfassender Zuständigkeit“¹⁹. Diese weitete sich in dreierlei Hinsicht sukzessive aus: im Hinblick auf die Gegenstandsbereiche, auf die Leistungen und auf die Anspruchsberechtigten sozialstaatlicher Umverteilung.

Dieser Prozeß begann mit der großen Rentenreform von 1957. Sie stand zugleich für die Grundtendenzen der allgemeinen Entwicklung: die Ausweitung von Leistungen auf der Basis lohnbezogener Beiträge und beitragsbezogener Leistungen, die Bindung des Sozialstaats an das sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnis und schließlich die (auch im internationalen Vergleich) starke Konzentration der Umverteilung auf Alters- und Gesundheitssicherung bei vergleichsweise bescheidenen Leistungen für Familien mit Kindern. Ein „System zur Prämierung von Kinderlosigkeit“ nannte dies der katholische Sozialphilosoph

¹⁶ Vgl. Anke Hassel/Hugh Williamson, Deutsches (Auslauf)Modell. Das Wirtschaftssystem hat sich schon viel stärker verändert als angenommen, in: Internationale Politik 59 (2004), S. 41–48, Zitat S. 42; Anke Hassel, Die Schwächen des deutschen Kapitalismus, in: Volker Berghahn/Sigurt Vitols, Gibt es einen deutschen Kapitalismus? Die soziale Marktwirtschaft im Weltsystem, Frankfurt a.M. 2006 (im Druck).

¹⁷ Manfred G. Schmidt, Gesamtbetrachtung, in: Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland seit 1945, Bd. 7: Bundesrepublik Deutschland 1982–1989. Finanzielle Konsolidierung und institutionelle Reform, hrsg. von Manfred G. Schmidt, Baden-Baden 2005, S. 811.

¹⁸ Peter Glotz, Das Provisorium im 41. Jahr, in: Der Spiegel vom 29. 5. 1989, S. 132.

¹⁹ Annette Zimmer, Staatsfunktionen und öffentliche Aufgaben, in: Thomas Ellwein/Everhard Holtmann (Hrsg.), 50 Jahre Bundesrepublik Deutschland. Rahmenbedingungen – Entwicklungen – Perspektiven, Opladen 1999, S. 224.

Oswald von Nell-Breuning²⁰. Die sozial-liberale Koalition verordnete dem Sozialstaat zu Beginn der siebziger Jahre einen kräftigen Ergänzungs- und Verfeinerungsschub, bevor die Regierung Schmidt 1975 ein „Austeritätsjahrzehnt“²¹ einleitete. Die Regierung Kohl setzte es zunächst verstärkt fort und löste es in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre durch neue, insbesondere familienbetonte sozialpolitische Akzente ab. Bis zum Ende der achtziger Jahre nahm die individuelle Eigenverantwortung durchaus wieder an Bedeutung zu, und die Staatsquote ging zurück. In den neunziger Jahren hingegen brachen zwei abermalige erhebliche Ausweitungsschübe des Sozialstaates diesen Trend erneut: seine ungeschmälernte Übertragung auf die neuen Länder mit der Wiedervereinigung und die Einführung der Pflegeversicherung als vierte Säule der Sozialversicherung 1994.

Auf der Haben-Seite des deutschen Modells stehen gesellschaftliche Integration, sozialer Friede und politische Stabilität. Demgegenüber machten eine strukturelle Überforderung, eine kaum mehr durchschaubare Regulierungsdichte sowie eine schwer rückführbare kollektive Gewöhnung an das einmal erreichte Anspruchsniveau bei zunehmender Regulierung und Immobilität das Debet aus. Schon in den achtziger Jahren waren „sowohl die Reformierbarkeit des Sozialstaats als auch die Reformfähigkeit der Politik begrenzt“²². Hinzu kam ein wesentliches Konstruktionsproblem des deutschen Sozialstaats: wenn nämlich – etwa im Falle von Arbeitslosigkeit – die Ansprüche aus der Umverteilung und somit die Ausgaben zunahmen, gingen zugleich die Beitragseinnahmen zurück. Im Falle einer Rezession oder rückläufiger Wachstumsraten, so wie im Falle der Arbeitslosigkeit in den neunziger Jahren, war die Finanzkrise des Sozialstaates vorprogrammiert. Letzteres gilt nicht zuletzt für ein zweites Konstruktionsproblem, dessen breite Auswirkungen im Zuge der demographischen Alterung noch erst bevorstehen: die Bindung an den sogenannten Generationenvertrag und somit die Abhängigkeit von der demographischen Entwicklung, sowohl im Hinblick auf die Relation von Beitragszahlern und -empfängern als auch auf die Inanspruchnahme der hauptsächlich für Alter und Krankheit aufgewendeten Leistungen. Ansätze einer sozialpolitischen Reaktion durch die Rentenreform von 1989/92 wurden 1998 durch die Einführung des „demographischen Faktors“ in der Rentenversicherung ergänzt, den die rot-grüne Bundesregierung freilich alsbald zurücknahm, um ihn später wieder einzuführen. Nach Jahrzehnten erfolgreicher sozialer Integration war dem überforderten Sozialstaat die frühere Zukunftsperspektive abhanden gekommen.

²⁰ Zit. nach Franz-Xaver Kaufmann, Die soziale Sicherheit in der Bundesrepublik Deutschland, in: Werner Weidenfeld/Hartmut Zimmermann (Hrsg.), Deutschland-Handbuch. Eine doppelte Bilanz 1949–1989, Bonn 1989, S. 319.

²¹ Hans Günter Hockerts, Metamorphosen des Wohlfahrtsstaates, in: Broszat (Hrsg.), Zäsuren nach 1945, S. 41.

²² Schmidt, Gesamtbetrachtung, in: Ders. (Hrsg.), Geschichte der Sozialpolitik, Bd. 7, S. 804.

Verdrängte Demographie: Geburteneinbruch, Alterung und Migrationskonfusion

Nicht, daß niemand etwas gesagt hätte: „Eine nachhaltige Umstrukturierung des Sozialbudgets, die eine stärkere Begünstigung der kinderziehenden Personen und eine stärkere Belastung der Kinderlosen zur Folge haben müßte, ließe sich unter finanziellen Gesichtspunkten am ehesten noch im nächsten Jahrzehnt verwirklichen“, so mahnte der Soziologe Franz-Xaver Kaufmann im Jubeljahr der 40-Jahr-Feiern der Bundesrepublik. „In spätestens zwanzig Jahren werden alle Spielräume durch das sich dramatisch verschlechternde Verhältnis zwischen Erwerbstätigen und Rentnern aufgezehrt werden.“²³ Kaufmanns Warnung ging von dem Geburtenrückgang aus, der in der Bundesrepublik um die Mitte der sechziger Jahre eingesetzt hatte: beginnend auf dem außergewöhnlich hohen Niveau des „Babybooms“ der Nachkriegszeit, schlug er bald in den freien Fall um. Zwischen 1964 und 1978 „gingen alle Indizes der Fruchtbarkeit auf fast die Hälfte zurück“²⁴ – vor allem sank die Zahl der Kinder pro Frau von 2,5 im Jahr 1965 auf dauerhaft 1,4. Die Bevölkerung reproduzierte sich seither mit dem Faktor 0,7. Auf Gesamtdeutschland bezogen, gingen die Geburtenzahlen von 1,36 Mio. im Jahr 1964 auf 782.000 im Jahr 1975 zurück, stiegen in den späteren achtziger Jahren bis auf 906.000 im Jahr 1990 an und sanken, als die geburtenstarken Jahrgänge aus dem gebärfähigen Alter kamen und der Geburtenrückgang sich in der ersten Generation potenzierte, auf 707.000 im Jahr 2003 – mit weiter fallender Tendenz.

In Verbindung mit der gestiegenen Lebenserwartung setzte der Geburtenrückgang eine fortschreitende Alterung der Gesellschaft in Gang. Stellte der deutsche Bevölkerungsaufbau zu Beginn des 20. Jahrhunderts noch die klassische Pyramide dar, so glich er am Ende des Jahrhunderts einer ‚zerzausten Wettertanne‘; Zukunftsprojektionen sehen ihn um das Jahr 2025 als Pilz mit Tendenz zu einer sich nach unten verjüngenden Säule²⁵. Die Konsequenzen einer solchen Entwicklung für die sozialen Sicherungssysteme, den Generationenvertrag, wohl auch für die ökonomischen Kapabilitäten, jedenfalls die Innovationskraft eines Landes und überhaupt für die Sozialkultur einer Gesellschaft mit vielen Alten und wenigen Jungen liegen auf der Hand.

Eine langfristige Lösungsstrategie kam in der Bundesrepublik aber für Probleme der natürlichen Bevölkerungsentwicklung ebensowenig zum Tragen wie für die Probleme im Zusammenhang mit Zuwanderung. Völlig ungeplant ging eine als temporäre Maßnahme vorgesehene Zuwanderung von Arbeitskräften seit den späten fünfziger Jahren in faktische Einwanderung über. Die Zahl der Ausländer in der Bundesrepublik stieg von weniger als 700.000 im Jahr 1961 binnen dreizehn Jahren auf über vier Millionen und bis zum Ende der neunziger Jahre auf mehr als sieben Millionen. Die dadurch entstandenen Probleme wurden

²³ Kaufmann, Die soziale Sicherheit, in: Weidenfeld/Zimmermann (Hrsg.), Deutschland-Handbuch, S. 322.

²⁴ Peter Marschalck, Bevölkerungsgeschichte Deutschlands im 19. und 20. Jahrhundert, Frankfurt a. M. 1984, S. 99.

²⁵ Vgl. Herwig Birg, Die demographische Zeitenwende. Der Bevölkerungsrückgang in Deutschland und Europa, München 2002, hier S. 128.

indes von einer weithin „sehr kurzatmigen und hektischen Politik“²⁶ ignoriert. Im Land mit den höchsten Zuwanderungszahlen in Europa nach dem Zweiten Weltkrieg wurde nach der Devise verfahren, Deutschland sei „kein Einwanderungsland“; eine gesetzliche Neuregelung von Staatsbürgerschaftsfragen wurde erst 1999 getroffen.

*Schichten, Geschlechter und Privatheitsformen:
Tendenzen der Sozialstruktur im Zeichen von Massenwohlstand und Pluralisierung*

Die Boomzeit des „Wirtschaftswunders“ war mehr als nur ein langanhaltender kräftiger konjunktureller Aufschwung. Sie markierte zugleich den epochalen Übergang von der Subsistenz- zur Konsumgesellschaft und schließlich zur Überflußgesellschaft. Allenthalben spürbar wurde in den sechziger Jahren eine wahre „Wohlstandsexplosion“²⁷, die zu Massenwohlstand für schließlich gut fünf Sechstel der Gesellschaft führte. Verbunden war diese Entwicklung mit einer signifikanten Ausweitung der Mittelschichten, die auch für das sozialintegrative bundesdeutsche Selbstverständnis als „Mittelstandsgesellschaft“²⁸ von Bedeutung war, in der die Arbeiterschaft ihren „Abschied von der ‚Proletarität‘“²⁹ nahm.

Diese Zunahme der Mittelschichten wiederum hing mit der massenhaften Verschiebung von blue-collar- zu white-collar-Beschäftigungen zusammen, von einfachen und standardisierten manuellen zu spezialisierten Tätigkeiten, insbesondere Dienstleistungen in einem weiten Sinne. Sie setzten verbesserte Qualifikationen und Bildung voraus, die ihrerseits zu einem wesentlichen Faktor sozialer Mobilität wurde. Die Ausweitung der Bildungschancen³⁰, von der vor allem die Mittelschichten profitierten, beförderte den „Fahrstuhl-Effekt“ einer gesamtgesellschaftlichen „Umschichtung nach oben“³¹.

²⁶ Ulrich Herbert, Geschichte der Ausländerpolitik in Deutschland. Saisonarbeiter, Zwangsarbeiter, Gastarbeiter, Flüchtlinge, München 2001, S. 243.

²⁷ Rainer Geißler, Die Sozialstruktur Deutschlands. Die gesellschaftliche Entwicklung vor und nach der Vereinigung, Bonn 2002, S. 81.

²⁸ Helmut Schelskys bekanntes Diktum von der „nivellierten Mittelstandsgesellschaft“ aus den fünfziger Jahren traf zwar insofern nicht zu, als soziale Ungleichheit nicht eingeebnet wurde, sondern auf höherem Niveau fortbestand, verweist aber gerade auf die nicht nur sozialstrukturelle, sondern ebenso sozialpsychologische zeitgenössische Bedeutung der vertikal stark ausge dehnten Mittelschichten in der bundesdeutschen Gesellschaft.

²⁹ Vgl. Josef Mooser, Abschied von der Proletarität. Sozialstruktur und Lage der Arbeiterschaft in der Bundesrepublik in historischer Perspektive, in: Werner Conze/M. Rainer Lepsius (Hrsg.), Sozialgeschichte der Bundesrepublik Deutschland. Beiträge zum Kontinuitätsproblem, Stuttgart 1983, S. 143–186.

³⁰ Einige Zahlen: Zwischen 1970 und 1990 stieg der Anteil der Gymnasiasten unter den 13jährigen von 20 auf 31 %; hatten 1970 noch 11,4 % eines Jahrgangs die Schule mit Hochschul- oder Fachhochschulreife verlassen, so waren es 1990 mit 33,8 % fast dreimal so viele. Im selben Zeitraum nahm die Zahl der Studierenden an Universitäten, Gesamt-, Kunst- und Fachhochschulen von 422.000 auf 1,585 Mio. zu. Vgl. Statistisches Bundesamt (Hrsg.), Statistisches Jahrbuch 1990 für die Bundesrepublik Deutschland, Stuttgart 1990, S. 28.

³¹ Ulrich Beck, Die Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne, Frankfurt a. M. 1988, S. 122, und Geißler, Die Sozialstruktur Deutschlands, S. 315.

Soziale Ungleichheit fiel in der bundesdeutschen Gesellschaft deutlich geringer aus als etwa in den angelsächsischen Ländern. Die Mehrheit der Gesellschaft partizipierte am Wohlstand, und soziale Randständigkeit wurde durch die sozialen Sicherungssysteme weitgehend abgefangen. In den achtziger Jahren entstand gar der Eindruck, materielle Schichtungskriterien verlören ihre Bedeutung in einer „Erlebnisgesellschaft“, die sich nach Faktoren wie Freizeit und Konsum, sozialen Lagen und Milieus strukturierte³². In den neunziger Jahren kehrte sich der Trend freilich um: Soziale Ungleichheit und (in der Bundesrepublik stets: relative) Armut nahmen zu, vor allem im Zusammenhang mit Kindern³³. Arbeitslosigkeit und sozialer Abstieg bedrohten wachsende Teile der Bevölkerung in einem Land, das in besonderem Maße auf soziale Sicherheit zählte.

Einen grundlegenden Wandel erlebte die Sozialstruktur im Hinblick auf Geschlechterbeziehungen und Privatheitsformen. Der Anspruch auf Gleichberechtigung bzw. auf Überwindung sozialer Benachteiligungen von Frauen prägte das letzte Drittel des 20. Jahrhunderts. Wirkmächtigster Katalysator dieser Entwicklung und zentrales Potential der weiblichen Emanzipation waren steigende Bildungschancen und zunehmender Erwerb von Bildung bzw. Bildungstiteln. Zum Kristallisationspunkt wurde die Berufstätigkeit einer wachsenden Zahl von Frauen, wobei gerade auf dem Gebiet des Arbeitslebens strukturelle Unterschiede und Benachteiligungen von Frauen bestehen blieben. Dennoch bestimmt eine erhebliche Zunahme von Chancengleichheit die Bilanz.

Fortschreitende Emanzipation qua Erwerbstätigkeit führte, aufgrund des grundständigen Spannungsverhältnisses von Erwerbstätigkeit und Mutterschaft, zugleich zu einer „Entfamiliarisierung der Frau“³⁴ – mit weitreichenden Folgen für die Familien. Das klassische Ernährer-Hausfrau-Modell des erwerbstätigen Ehemanns und der haushaltführenden, kindererziehenden Ehefrau löste sich ebenso auf wie die Verbindlichkeit der Institution Ehe. Und weit darüber hinaus ging die Zahl der Familien mit Kindern erheblich zurück, die ihr Monopol als gesellschaftlicher Regelfall verloren. Während die Zahl der Eheschließungen und der Familien mit mehr als zwei Kindern sowie die Zahl der Geburten zurückgingen, nahmen die Scheidungsraten ebenso zu wie die Zahl der Zweit- und Drittfamilien im häufigen Falle der Wiederverheiratung („Patchwork-Familien“), der Anteil der Unverheirateten und der nichtehelichen Lebensgemeinschaften mit und ohne Kinder sowie kinderloser Ehen, der Einpersonenhaushalte, der Alleinerziehenden sowie alternativer Wohn- und Haushaltsformen und nicht zuletzt homosexueller Lebensgemeinschaften. Als Massenphänomene waren dies,

³² Vgl. Gerhard Schulze, *Die Erlebnisgesellschaft. Kultursoziologie der Gegenwart*, Frankfurt a. M. 1992; vgl. auch den programmatischen Titel von Stefan Hradil, *Sozialstrukturanalyse in einer fortgeschrittenen Gesellschaft. Von Klassen und Schichten zu Lagen und Milieus*, Opladen 1987.

³³ Vgl. Stefan Hradil, *Zur Sozialstrukturentwicklung in den neunziger Jahren*, in: Werner Süß (Hrsg.), *Deutschland in den neunziger Jahren. Politik und Gesellschaft zwischen Wiedervereinigung und Globalisierung*, Opladen 2002, S. 238–241.

³⁴ Trutz von Trotha, *Zum Wandel der Familie*, in: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 42 (1990), S. 452–473, hier S. 459.

ebenso wie gewollte Kinderlosigkeit, zum großen Teil historisch neue Lebensformen in einer neuartigen Pluralität.

Pluralisierung und Wertewandel: Aspekte der Sozialkultur

Pluralisierung, Individualisierung und Wertewandel – diese Trias prägte die soziokulturelle Entwicklung in der Bundesrepublik im letzten Drittel des 20. Jahrhunderts, als Weiterentwicklung, als Radikalisierung und somit zugleich als Überwindung der Moderne. Die „postmoderne Moderne“³⁵ trieb den Prozeß der Individualisierung, die Herauslösung der „Biographie der Menschen aus vorgegebenen Fixierungen“³⁶, weiter voran. Die damit verbundene Pluralisierung schlug sich vor allem in den Privatheitsformen nieder und nicht zuletzt in der Entkoppelung von Sexualität und Ehe und einer sprunghaften „Zunahme sexueller Permissivität im Verhalten und in den Einstellungen“³⁷.

Zugrunde lag dem ein fundamentaler Wertewandel, mit dem sich nicht Werte an sich wandelten, sondern ihre Geltung. Das Gefüge gesamtgesellschaftlich gültiger Normen und Werte verschob sich – seit einem Schub um die Mitte der sechziger Jahre kontinuierlich fortschreitend – von „Pflicht- und Akzeptanzwerten“ wie Arbeits- und Leistungsbereitschaft, Disziplin, Pünktlichkeit und Sparsamkeit, Gehorsam, Unterordnung und Autorität sowie von bürgerlichen Moralvorstellungen samt der Orientierung an einem den Individuen vorgängigen Gemeinwohl, hin zu „Selbstentfaltungswerten“ wie Selbständigkeit und Mitbestimmung, Kritik, freiem Willen und individueller Autonomie, zu Selbstbestimmung statt festlegender äußerer Verbindlichkeiten³⁸. Da in diesem Kontext die Kirchenbindung allgemein zurückging, während die Bedeutung der Freizeit umgekehrt proportional zunahm, ist der gesamte Wertewandelsprozeß auch als eine „Art zweiter Säkularisierung“³⁹ gedeutet worden.

Der Wandel vom Obrigkeitsstaat zum Bürgerservice ebenso wie der Wandel der Erziehungswerte von einem autoritären und gehorsamsorientierten zu einem partnerschaftlichen Umgang mit Kindern offenbarten den Zuwachs an individuellen Freiheitsräumen und Selbstbestimmungsmöglichkeiten, den der Wertewandel und die Pluralisierung mit sich brachten. Zugleich führte der Verlust von Bindungen und Verbindlichkeiten, von Ganzheit und Eindeutigkeit zugunsten der unaufhebbar fragmentarischen Vielfalt des „anything goes“ zu neuen Orientierungsproblemen⁴⁰. Zudem ist auf die Debetseite zu buchen, daß eine zum

³⁵ Vgl. Wolfgang Welsch, *Unsere postmoderne Moderne*, Berlin 1997.

³⁶ Beck, *Risikogesellschaft*, S. 216.

³⁷ Ulrich Clement, *Sexualität im sozialen Wandel. Eine empirische Vergleichsstudie an Studenten 1966 und 1981*, Stuttgart 1986, S. 77 u. S. 80.

³⁸ Helmut Klages, *Traditionsbruch als Herausforderung. Perspektiven der Wertewandelsgesellschaft*, Frankfurt a. M. 1993, bes. S. 9 f. u. S. 45.

³⁹ Vgl. Heiner Meulemann, *Werte und Wertewandel. Zur Identität einer geteilten und wieder vereinten Nation*, Weinheim 1996, S. 133.

⁴⁰ Paul Feyerabend, *Wider den Methodenzwang*, Frankfurt a. M. 1976, S. 13 u. S. 21 (Zitat); vgl. auch Stefan Hradil, *Vom Wandel des Wertewandels – Die Individualisierung und eine ihrer*

Hedonismus neigende postmoderne Selbstbezüglichkeit die Orientierung an einer Kategorie wie der des Gemeinwohls durchlöcherte.

Und schließlich, noch einmal, die Geburtenentwicklung, in der sich verschiedene Entwicklungsstränge bündelten: Der Geburtenrückgang an sich lag im säkularen und internationalen Trend der Industriegesellschaften, in der Bundesrepublik mit allerdings besonders ausgeprägtem Phasenverlauf. Denn der „Babyboom“ der Nachkriegszeit schlug um die Mitte der sechziger Jahre in einen scharfen Abfall um, der auf besonders niedrigem Niveau zum Stehen kam. Die neuartigen technischen Möglichkeiten der Empfängnisverhütung waren dabei nur ein Grund unter anderen und wichtigeren. Der sozialkulturelle Grund lag in der Verbreitung von Selbstentfaltungswerten und anspruchsvollen individualisierten Lebensstilen mit freizeitorientierter Lebensqualität auf Kosten von längerfristigen Bindungen und Pflichtwerten. Die sozialstrukturelle Ursache lag in der grundlegenden Konkurrenz von weiblicher Erwerbstätigkeit und Familienbindung sowie der Pluralisierung der Privatheitsformen; die meisten von ihnen gingen mit Kinderlosigkeit einher, die in zunehmendem Maße gesellschaftliche Akzeptanz fand. Hinzu kommt drittens die sozialpolitische Dimension, daß nämlich Kinder für die sozialisierte Alterssicherung an individueller Bedeutung verloren, vielmehr bei weitgehend privatisierter Kindererziehung per saldo materielle Nachteile mit sich brachten. Da Kinderlosigkeit allgemein üblich wurde und sich verbreitete, verstärkten sie sich relativ und eröffneten „eine neue Dimension sozialer Ungleichheit“⁴¹ zwischen Kinderlosen und Familien mit Kindern.

Verfassung und politisches System: Stabilität und Schwerbeweglichkeit

Das Grundgesetz der Bundesrepublik setzte als staatsgestaltende Verfassungsprinzipien die parteienstaatliche parlamentarisch-demokratische Republik, den Rechtsstaat, den Bundesstaat und den Sozialstaat. Auf dieser Ebene herrschten Stabilität und Kontinuität *par excellence* – entgegen den Befürchtungen der frühen Bonner Republik, wie sie im ebenso trotzig stolzen wie unterschwellig unsicheren „Bonn ist nicht Weimar“⁴² zum Ausdruck kamen. Die Krisenfreiheit der Verfassungsordnung war vor dem Hintergrund der deutschen Erfahrungen schon ein Wert an sich, ebenso die Stabilität der Regierungen in Bund und Ländern. Wie unangefochten und dauerhaft die Verfassungsordnung im Laufe ihrer Geschichte geworden war, zeigte sich in aller Deutlichkeit, als das Grundgesetz in dem Moment, da sein Provisoriumsvorbehalt wirksam wurde, praktisch unverändert als Verfassung des wiedervereinigten Deutschlands übernommen wurde. Und die Integrationskraft der Verfassungsordnung wurde deutlich, als es in den achtziger Jahren gelang, die in weiten Teilen fundamentaloppositionellen Protestbewegun-

Gegenbewegungen, in: Wolfgang Glatzer/Roland Habich/Karl Ulrich Mayer (Hrsg.), Sozialer Wandel und gesellschaftliche Dauerbeobachtung, Opladen 2002, S. 31–47.

⁴¹ Gerhard Bäcker u. a., Sozialpolitik und soziale Lage in der Bundesrepublik Deutschland, Bd. 2: Gesundheit, Familie, Alter, Soziale Dienste, Köln ²1989, S. 177.

⁴² Vgl. Fritz René Allemann, Bonn ist nicht Weimar, Köln 1956.

gen der siebziger Jahre in Form der neuen Partei der Grünen in das politische System zu integrieren.

In der Entwicklung der Staats- und Verfassungsordnung waren grundsätzlich zwei Tendenzen zu beobachten: erstens wuchsen die Zuständigkeitsbereiche und Regelungskompetenzen von Staat und Politik beständig an, was zu einer zunehmenden Durchdringung von Wirtschaft und Gesellschaft führte. Diese war verbunden, zweitens, mit einer fortschreitenden Durchdringung des Staates durch die Parteien.

Kritik an dieser zunehmenden Dominanz der Parteien in zunehmenden Bereichen von Staat und Gesellschaft wurde, nicht zuletzt vor dem Hintergrund von Skandalen um illegale Praktiken der Parteienfinanzierung, in den achtziger Jahren geäußert. Wilhelm Hennis monierte, die Parteien hätten sich „überdehnt“ und vom Wähler, dem eigentlichen Souverän, „abgekoppelt“. Daß im Falle der Parteienfinanzierung ein unbekannter Anteil an Großspenden nicht entsprechend dem Parteiengesetz ausgewiesen wurde, sondern auf Umwegen floß, warf nicht nur das Problem der Steuerhinterziehung auf, sondern vor allem die Frage nach dem „Prinzip ‚Leistung gegen Geld‘“ in der Politik⁴³. Gerade im Falle der Parteienfinanzierung machten sich dauerhafte Tendenzen breit, sich über Gesetze und Verfassungsnormen hinwegzusetzen und diese dem Gusto der Parteien und ihrer Interessen zu unterwerfen – wie es auch, in Ansätzen, bei der vorzeitigen Auflösung des Bundestages 1982/83 geschah und in massiver Form dann im Falle der abermaligen vorzeitigen Auflösung im Sommer 2005, mit der die Verfassung jedenfalls mindestens gebeugt wurde.

Neben solchen Praktiken und solchen Entwicklungen im Selbstverständnis machte sich in der Performanz des politischen Systems vor allem der kurzfristige, an Wiederwahl bzw. an den nächsten Wahlen orientierte Horizont politischen Handelns bemerkbar. Vor diesem Hintergrund ließen sich langfristige Problemlösungsstrategien nicht implementieren, so daß sie gar nicht ernsthaft erwogen oder auch nur angestrebt wurden. Nun ist fehlende Langfristorientierung ein Problem parlamentarischer Demokratien (und nicht nur von ihnen), nicht nur in Deutschland und nicht nur im ausgehenden zwanzigsten Jahrhundert; *muddle through* und Effizienzdefizite sind in der gesamten Moderne als Preis für Volkssouveränität und Partizipation gehandelt worden. In dieser Perspektive ist es eher die – in der Bundesrepublik zunehmend als Maßstab angesehene – prosperierende bundesdeutsche Entwicklung zwischen den fünfziger und den achtziger Jahren, die sich als Sonderfall unter besonderen Bedingungen, von ökonomischen Verteilungsspielräumen bis zu stabilisierenden äußeren Zwängen, ausnimmt. Demgegenüber stellt die Akkumulation unbewältigter Probleme eher ein Stück historischer Normalität dar, wenn auch in spezifischer Ausprägung.

Dazu zählt auch das Problem der Problemlösungskompetenz der politischen Elite. Denn sie wandelte sich – ebenfalls keineswegs auf die Bundesrepublik beschränkt – zu einer Elite von Berufs- und Parteipolitikern, der es häufig nur

⁴³ Christine Landfried, Parteifinanzien und politische Macht. Eine vergleichende Studie zur Bundesrepublik Deutschland, zu Italien und den USA, Baden-Baden ²1994, S. 14.

um persönlichen Machterwerb und Machterhalt zu tun war. Hinzu kamen eine politische Argumentationskultur im Zeichen von Lagerdenken und Wagenburgmentalität und ihre an Realitätsverweigerung grenzenden, in dieser Hinsicht freilich ebenfalls in der Neuzeit verwurzelten⁴⁴ Sprachmuster: obligate überzogene Machtbarkeitsansprüche und eine dementsprechende Ankündigungsrhetorik sowie mechanisierte Schwarz-weiß-Zuschreibungen entlang der Lagergrenzen.

Ein weiteres Problem stellten die Beharrungskräfte der Konsensdemokratie dar: der bundesdeutsche Korporatismus zeichnete sich dadurch aus, daß die organisierten Interessen in die Politik eingebunden und daß Entscheidungen zwischen Staatsorganen, Parteien und Großverbänden ausgehandelt wurden. Die Aufgabe der politischen Führung lag zunehmend darin, zu moderieren, statt ‚einsame Entscheidungen‘ zu treffen. Grundsätzliche Integration und sozialer Frieden waren die eine Folge, eine zunehmende „Schwerbeweglichkeit der Politik“⁴⁵ die andere. Schließlich gewann auch der Föderalismus mehr und mehr Veto-Funktionen, weniger aus genuinen Länderinteressen als primär aus parteipolitischen Kalkül. Denn auch der Bundesrat wurde zunehmend parteipolitisch durchdrungen und entwickelte sich zu einer vorwiegend parteienstaatlichen Kraft⁴⁶.

Per saldo sind für das politische System auf der einen Seite grundsätzlicher Konsens, Stabilität und gesellschaftliche Integrationskraft zu bilanzieren, andererseits Schwerbeweglichkeit und Inadäquanz der langfristigen Problemlösungskapazitäten. Der Befund, daß vergangene und gegenwärtige Erfolge mit langfristigen Versäumnissen zukunftsorientierter Anpassungen zusammenkamen, verweist bereits auf die Gesamtbilanz.

Zuvor ist aber noch ein abschließender Seitenblick auf die auswärtige Politik zu werfen, die im Zeichen der Wahrung von Sicherheit, Frieden und Freiheit ebenfalls zur „Erfolgsgeschichte“ der Bundesrepublik gezählt wird.

Außenpolitik: Westintegration und transatlantische Allianz

Das Fundament der bundesdeutschen Sicherheitsarchitektur während der gesamten Zeit der Teilung lag in ihrer Westbindung an die USA und Westeuropa. Sie gewährleistete äußere Sicherheit und innere Freiheit im ideologischen und nuklearen Zeitalter des Ost-West-Konflikts, angesichts der gegenseitigen physischen und politischen Vernichtungsdrohung. Das Ordnungskonzept der Westbindung und der transatlantischen Allianz, die immer unter dem „Primat der militärischen Sicherheit“ stand⁴⁷, verlor indes nach dem Ende des Ost-West-Konflikts

⁴⁴ Vgl. Willibald Steinmetz, *Das Sagbare und das Machbare. Zum Wandel politischer Handlungsspielräume. England 1780–1867*, Stuttgart 1993, S. 13–20 u. S. 24–26.

⁴⁵ Peter Graf Kielmansegg, *Nach der Katastrophe. Eine Geschichte des geteilten Deutschland*, Berlin 2000, S. 388.

⁴⁶ Vgl. Uwe Andersen, [Art.] Bundesstaat/Föderalismus, in: Ders./Wichard Woyke (Hrsg.), *Handwörterbuch des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland*, Opladen 2000, S. 82.

⁴⁷ Lili Gardner Feldman, *Gesellschaftliche Beziehungen in drei Dimensionen 1968–1990*, in: Detlef Junker u. a. (Hrsg.), *Die USA und Deutschland im Zeitalter des Kalten Krieges 1945–1990. Ein Handbuch*, Bd. 2, Stuttgart 2001, S. 614.

seine orientierende Kraft. Die Regierung Kohl folgte zunächst den alten Bahnen transatlantischer Loyalität, lenkte zunehmend auf internationales Engagement der Bundesrepublik hin und trieb zugleich die europäische Integration voran. Die transatlantische Allianz zerbrach unter dem forcierten amerikanischen Unilateralismus im Herbst 2002, als die Bundesregierung ihr die schon immer schwierige Loyalität aufkündigte, weil das Bewußtsein von deren Notwendigkeit abhanden gekommen war, ohne daß der nach wie vor abhängigen Mittelmacht allerdings ein bündnis- und sicherheitspolitischer Ersatz bereit gestanden hätte, der in der Lage gewesen wäre, die Lücke zu füllen.

Auch die Europäische Union konnte ihn nicht bieten. Sie hatte sich, beginnend mit dem Integrationsschub seit den mittleren achtziger Jahren und forciert in den neunzigern, um das Diktum von Wilhelm Hennis zu übertragen, „überdehnt und abgekoppelt“. Die Ablehnung der europäischen Verfassung durch die Mehrheit der Bevölkerung, als sie in Frankreich und den Niederlanden gefragt wurde, stürzte den verselbständigten Integrationsprozeß in die Krise und zeigte zugleich die Grenzen der Belastbarkeit der Nationen durch supranationale Integration auf. Umrisse einer neuen tragfähigen Sicherheitsarchitektur der Bundesrepublik waren somit mehr als ein Jahrzehnt nach dem Ende des Ost-West-Konflikts noch nicht absehbar, zumal das Thema jenseits erhitzter Wahlkämpfe in der öffentlichen Diskussion kaum eine Rolle spielte.

Erfolge, Hybris, Versäumnisse: Eine zeithistorische Zwischenbilanz

Aktiva und Passiva

Zunächst: Die Geschichte der Bundesrepublik war eine Erfolgsgeschichte, an und für sich, und erst recht im historischen Vergleich, in beiden Varianten sowohl der Stabilität als auch der Liberalisierung. Über Jahrzehnte hinweg vermochte sie große ökonomische Erfolge, grundständige politische Stabilität, einen breiten gesellschaftspolitischen Konsens sowie ein außergewöhnlich hohes Maß an sozialem Frieden und politischer Integration miteinander zu vereinbaren. Der Massenwohlstand erfaßte nach der Wiedervereinigung auch die neuen Länder der ehemaligen DDR, wo im allgemeinen ein „schneller Wohlstandsschub“, ja eine „nachholende Wohlstandsexplosion“ zu verzeichnen war, der zu einer Annäherung, wenn auch nicht Angleichung der Lebensverhältnisse an den Standard der Länder der alten Bundesrepublik führte⁴⁸. Ebenso ist eine allgemeine Pluralisierung zu konstatieren, verbunden mit einem emanzipatorischen Abbau tradierter Autoritätsmuster und einem Zuwachs an individuellen Freiheitsräumen und Selbstbestimmungs- und Selbstentfaltungsmöglichkeiten. Dazu zählt nicht zuletzt eine – auch wenn die Formulierung wörtlich genommen falsch ist – zunehmende Chancengleichheit der Geschlechter.

⁴⁸ Vgl. Geißler, Die Sozialstruktur Deutschlands, S. 446, und Hradil, Zur Sozialstrukturentwicklung, in: Süß (Hrsg.), Deutschland in den neunziger Jahren, S. 237.

Aber: Die Geschichte der Bundesrepublik war nicht nur eine Erfolgsgeschichte. Mit der postmodernen Trias von Individualisierung, Pluralisierung und Wertewandel verbanden sich Kosten der Moderne auf gesellschaftlicher Ebene: ein Verlust von Bindungen, Verbindlichkeit und Orientierung ebenso wie der Bedeutung der Kategorie des Gemeinwohls. Vor allem setzte die Extremität des Geburtenrückgangs, die sich aus diesem sozialkulturellen Arrangement speiste, eine hochproblematische sozialpolitische, sozialstrukturelle und sozialkulturelle Entwicklung in Gang. Dabei war der Sozialstaat bereits grundsätzlich überfordert, als die Bevölkerungsstruktur ihn noch trug. Präventive Strukturanpassungen blieben in diesem Bereich ebenso aus wie im Bereich der Wirtschaftsordnung. Die Konsensdemokratie erwies sich als schwerbeweglich, und es mangelte ihr an Kapazitäten langfristiger, nachhaltiger Problembewältigung, wobei die Kurzfristorientierung der politischen Elite und des Wählerwillens einer „Besitzstandsverteidigungsgesellschaft“⁴⁹ Hand in Hand gingen. Finanziert wurden die damit verbundenen Ausgaben durch eine akkumulierte Staatsverschuldung, die im Ergebnis die finanzpolitischen Handlungsspielräume und politischen Gestaltungsmöglichkeiten abermals einengte.

Die Rolle der Wiedervereinigung

Als die Wiedervereinigung der Bundesrepublik zufiel, war sie – in einem zwar nicht politisch-operativen Sinne, wohl aber in der großen Sicht – eine späte Bestätigung der Magnettheorie der fünfziger Jahre und der Attraktivität der Bundesrepublik samt ihrer Ordnung: Als die Bevölkerung der DDR das Selbstbestimmungsrecht erhielt, schloß sie sich der Bundesrepublik an. Die Wiedervereinigung stellte, im Rahmen des westlichen Sieges im Kalten Krieg, den finalen Erfolg der Bundesrepublik dar, der obendrein zu maximalen westlichen Bedingungen erzielt wurde, von denen kein Wiedervereinigungsszenario seit den fünfziger Jahren geträumt hatte.

Im Erfolg der Bundesrepublik aber war die Überschätzung der Leistungsfähigkeit ihrer Wirtschafts- und Sozialordnung angelegt, auf Seiten der Bundesregierung ebenso wie innerhalb der allgemeinen politischen Kultur. Die historisch außergewöhnlichen Erfolge der alten Bundesrepublik wurden zunehmend als Normalität angesehen und formten den Erwartungshorizont von Gesellschaft und Politik. Sich aufbauende Strukturprobleme wurden demgegenüber schon vor der Wiedervereinigung in hohem Maße ignoriert. Der Zusammenbruch des Weltwährungssystems sowie der erste Ölpreisschock im Jahr 1973 waren der sichtbare Ausdruck eines grundlegenden Trendbruchs: der Übergang vom „goldene[n] Zeitalter“ des Nachkriegsbooms zu einer neuen Ära der „Unsicherheit und Krise“. Auf ebendiesen Strukturwandel reagierten die Regierungen und Gesellschaften der USA und Großbritanniens in den achtziger Jahren mit marktradikalen Reformen, während die

⁴⁹ Peter Graf Kielmansegg, Institutionen oder Tugenden. Was macht Demokratien zukunftsfähig?, in: Mut zur Führung – Zumutungen der Freiheit. Wie wahrheitsfähig ist die Politik? 23. Sinclair-Haus-Gespräch, Bad Homburg [Herbert Quandt-Stiftung] 2005, S. 12–17, hier S. 13.

Bundesrepublik eine späte Blüte des „Modells Deutschland“ erlebte. Zunehmend als Normalität genommen, verdeckte die Prosperität die wachsenden Strukturprobleme. Im Vollgefühl der „Erfolgsgeschichte“ wurde schließlich die Dimension der Aufgaben, die sich mit der Wiedervereinigung stellten, weithin völlig unterschätzt: die Höhe der Belastungen, insbesondere durch die notwendigen Transferleistungen für den Aufbau einer Infrastruktur und einer Wirtschaft, die dennoch nicht in der Lage war, sich selbst zu tragen. Daraus folgten um so höhere Kosten für die Angleichung bzw. Annäherung der Lebensverhältnisse, eine um so höhere Staatsverschuldung und die endgültige Überlastung der sozialen Sicherungssysteme. Gerade hier rächte sich, daß die vor 1990 unreformierten Strukturen zudem auf die neuen Länder übertragen wurden.

Um so mehr wurde die Bundesrepublik schließlich von den allgemeinen Entwicklungen eingeholt. Am Beginn des 21. Jahrhunderts laborierte sie an einer Kombination von Wiedervereinigungsfolgen und unbewältigten indigenen, vor der Wiedervereinigung angelegten und durch die forcierte Globalisierung verstärkten Strukturproblemen. Wandel und Anpassungsleistungen des Wirtschaftssystems, der Arbeitsbeziehungen und in Ansätzen auch des Sozialstaates zeichneten sich unterdessen durchaus ab, gingen jedoch nur sehr bedingt von den politischen Institutionen aus. Doch wirft ebendiese „Entkernung“ die Grundsatzfrage nach der Überlebensfähigkeit des in die Krise geratenen „deutschen Modells“ auf.

Strukturen und Entscheidungen

Viele dieser Probleme und Entwicklungen waren keine spezifisch deutschen Phänomene, sondern typische Transformationsvorgänge im Übergang von klassisch-modernen Industriegesellschaften zu postmodernen Dienstleistungs-Industriegesellschaften: der fortschreitende Geburtenrückgang in Verbindung mit der demographischen Alterung, die Pluralisierung der Lebensformen und der Wertewandel, der Wohlstandszuwachs bzw. die Stabilisierung der Wohlstandsgesellschaft bei wachsenden sozialen Ungleichheiten sowie neue Risiken und eine Erosion der sozialen Sicherungssysteme. Diese Trends hatten die Bundesrepublik in den siebziger und achtziger Jahren geprägt und setzten sich in den neunzigern fort, als in den neuen Ländern ein rapider Nachholprozeß stattfand.

Auch auf ökonomischer Ebene waren die vorwaltenden Tendenzen der mikroelektronischen Revolution und der Internationalisierung in den siebziger und vor allem den achtziger Jahren angelegt, wobei sie sich in den neunziger Jahren, nach dem Zusammenbruch der planwirtschaftlich-sozialistischen Gegenwelt, abermals massiv verstärkten. Das gilt insbesondere für den Globalisierungsdruck. Gesellschaften und nationale Politik gerieten in den eisernen Griff einer zunehmend aus nationalen Bindungen gelösten, global operierenden Ökonomie und transnationaler Unternehmen, die ihre Bedingungen setzen (oder ihre Standorte verlagern) konnten.

Diese strukturellen Entwicklungen waren als solche nicht steuerbar, und daher lassen sie sich nicht im Hinblick auf kollektives und individuelles Handeln bilanzieren. Auch geht es nicht darum, die historische Entwicklung am unhistorischen

Ideal einer vorausschauend-präventiven Politik zu messen. Dennoch sind zum einen unterschiedliche Ausprägungen dieser Entwicklungen zu beobachten, und zum anderen existierten Spielräume der Reaktion auf diese Entwicklungen, wenn auch teils nur der Anpassung und somit der Bewältigung des Wandels durch die Gesellschaft und – aus ihr heraus – der Politik. Und vor diesem Hintergrund läßt sich durchaus eine zeithistorische Bilanz formulieren.

Ambivalenzen

Für das Gewesene gibt der Historiker mehr als der Kaufmann. Die Bilanz aus historischer Perspektive fällt daher differenzierter aus als eine rein gegenwartsorientierte Krisendiagnostik. In einem Wechselspiel von Nähe und Distanz nämlich gelangt eine solche Betrachtung aus einem von den eigenen Gegenwartserfahrungen inspirierten Verständnis der Vergangenheit heraus wieder zurück zu einem neuen, erweiterten Blick auf die Gegenwart. In dieser gleichsam spiralförmigen Erweiterung des Wissens liegt der Mehrwert einer genuin geschichtswissenschaftlichen Zeitdiagnose.

Was die bereits aufgeführten Positionen der bundesdeutschen Bilanz betrifft, so beziehen sich die Aktiva in auffälligem Maße auf die Vergangenheit, während sich die Passiva in vielem als dort angelegte Folgewirkungen oder als später hinzugekommene neue Strukturentwicklungen darstellen. Ihre Wirkungen haben sich erst mit Verzögerung bemerkbar gemacht oder liegen noch in der Zukunft, so weit sie sich bereits absehen läßt. Mehr und mehr werden nicht nur die Erfolge, sondern auch ihre Kosten ebenso wie Versäumnisse sichtbar, und dieser Befund verläuft jenseits traditioneller Klassifikationen nach konservativen oder progressiven Präferenzen.

Erfolge und Versäumnisse verbindet ein Scharnier, das man Hybris nennen kann – nicht im Sinne einer Zuschreibung individueller moralischer Schuld, sondern als analytische Aussage über eine kollektive Handlungsweise im politisch-kulturellen Rahmen im Zeichen einer unhinterfragten Überschätzung des eigenen Gemeinwesens und seiner Leistungsfähigkeit. Dies kristallisierte sich nicht zuletzt im Zusammenhang der Wiedervereinigung heraus: Der ultimative Triumph verleitete zur Leichtfertigkeit, die weniger in einzelnen Entscheidungen, die oft genug alternativlos waren oder jedenfalls kaum Handlungsspielräume ließen, sondern vielmehr in einer Haltung des „Weiter so Deutschland“ zutage trat, wie der Wahlkampfslogan der CDU von 1987 gelautet hatte. Aus der Vorstellung heraus, daß sich die „Erfolgsgeschichte“ automatisch fortsetze, wurden Gefährdungen und Herausforderungen unterschätzt und die Erfordernisse des Strukturwandels verkannt. So wurde das legitimatorische Narrativ der „Erfolgsgeschichte“ der Bundesrepublik selbst zu einem Teil des Problems, da es problemresistente Selbstzufriedenheit gebar.

Die „Erfolgsgeschichte“ erzählte von der Ankunft der Bundesrepublik an einem historischen Ziel, an das sie der „lange Weg nach Westen“⁵⁰ nach der

⁵⁰ Vgl. Winkler, *Der lange Weg nach Westen*, Bd. 2.

Abkehr vom deutschen „Sonderweg“ gebracht hatte. Sie vereinte die wesentlichen politischen Strömungen in einem altbundesrepublikanischen Konsens der „skeptischen Generation“⁵¹ (verkürzt: mit der Stabilitätsgeschichte) und der „Protestgeneration“ (verkürzt: mit der ins Affirmative umgeschlagenen Emanzipations- und Liberalisierungsgeschichte). Dieser Konsens neigte indessen zur Statik und erzeugte Ignoranz gegenüber sich aufbauenden Strukturproblemen und Versäumnisse einer langfristigen Zukunftssicherung für das „Modell Deutschland“ – seitens einer kurzatmigen Politik ebenso wie einer an selbstläufige Prosperität gewöhnten Gesellschaft. Die euphorische „Erfolgsgeschichte“ ist, erst recht in ihrer wohlbehüteten, ja tabuisierten volkspädagogisch-affirmativen Form, ebenso eindimensional wie eine präsentistisch-alarmistische Krisenvorgeschichte oder Verfallsgeschichte. Die Analyse fördert vielmehr eine spezifische Legierung aus Erfolgen und Versäumnissen zutage, verbunden durch die Hybris der „Erfolgsgeschichte“, die in der Geschichtswissenschaft ihre Fortsetzung gefunden hat.

Eine lebendige (Zeit-)Geschichtsschreibung kommt nicht umhin, ihre Befunde im Lichte neuer Gegenwartserfahrungen zu prüfen und zu revidieren. Für die Geschichte der Bundesrepublik bedeutet dies, weder pfadabhängig den Spuren der Erfolgsgeschichte zu folgen, noch das Kind mit dem revisionistischen Bade einer ebenso teleologischen Verfallsgeschichte auszuschütten, sondern – es mag selbstverständlich klingen und ist doch erst zu leisten – eine ergebnisoffene Geschichte der Ambivalenzen zu schreiben.

⁵¹ Zu den politischen Generationen der Bundesrepublik vgl. Clemens Albrecht in: Ders./Günter C. Behrmann/Michael Bock/Harald Homann/Friedrich H. Tenbruck, Die intellektuelle Gründung der Bundesrepublik. Eine Wirkungsgeschichte der Frankfurter Schule, Frankfurt a. M. 1999, S. 498–506, in Anlehnung an Helmut Schelsky, Die Generationen der Bundesrepublik, in: Walter Scheel (Hrsg.), Die andere deutsche Frage. Kultur und Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland nach dreißig Jahren, Stuttgart 1981, S. 178–198. Vgl. für die Geschichtswissenschaft auch Paul Nolte, Die Historiker der Bundesrepublik. Rückblick auf eine „lange Generation“, in: Merkur 53 (1999), S. 413–432.